Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 15 / 8022**
15. Wahlperiode **27. 01. 2016**

Antrag

der Abg. Rita Haller-Haid u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Firmen aus Baden-Württemberg (aufgeschlüsselt nach Branchen) sich nach ihrer Kenntnis gegenwärtig in der Russischen Föderation engagieren und wie viele Arbeitsplätze in Baden-Württemberg vom Export in die Russische Föderation abhängig sind;

2. inwiefern ihr bekannt ist, wie viele Arbeitskräfte gegenwärtig in der Russischen Föderation für Unternehmen aus Baden-Württemberg tätig sind;

3. in welcher finanziellen Größenordnung aktuell Waren aus Baden-Württemberg in die Russische Föderation exportiert bzw. von dort nach Baden-Württemberg importiert werden und wie sich die bilaterale Bilanz seit der Verhängung der Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union entwickelt hat;

4. ob und inwieweit sich die Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union innerhalb der Russischen Föderation insbesondere für kleinere und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg negativ ausgewirkt haben bzw. noch auswirken;

5. ob und inwieweit die landwirtschaftlichen Erzeuger in Baden-Württemberg vom russischen Einfuhrverbot für Lebensmittel (wie z. B. Milch, Obst, Gemüse und Fleisch[-waren]) aus der Europäischen Union tangiert sind;

6. welche Kooperationen (Partnerschaften zwischen Gemeinden, Städten, Gebietskörperschaften, Hochschulen und Universitäten) zwischen Baden-Württemberg und der Russischen Föderation derzeit bestehen und inwieweit sie sich hierbei finanziell engagiert;

Eingegangen: 27. 01. 2016 / Ausgegeben: 07. 03. 2016

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

7. welche Austausch- und Bildungsprogramme existieren, die darauf abzielen, (Schul-)Partnerschaften zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Baden-Württemberg bzw. in der Russischen Föderation aufzubauen und zu vertiefen;

8. welche Aus- und Fortbildungskooperationen zwischen baden-württembergischen und russischen Unternehmen derzeit bestehen und inwieweit die Wirtschaftssanktionen die Nachfrage nach entsprechenden Fortbildungsprogrammen (z. B. für russische Staatsangehörige in baden-württembergischen Betrieben) beeinflussen;

9. wie sie nach Inkrafttreten der Wirtschaftssanktionen gegen Russland reagiert hat und welche Anstrengungen aus ihrer Sicht notwendig sind, um eine europäische Friedensordnung unter Einbeziehung der Russischen Föderation zu bewahren und weiterzuentwickeln.

27. 01. 2016

Haller-Haid, Blättgen, Funk, Heberer, Heiler SPD

Begründung

Die Ukraine-Krise und die damit verbundenen gegenseitigen Sanktionen des Westens gegenüber der Russischen Föderation und umgekehrt zeigen auch in Baden-Württemberg direkt oder indirekt Wirkung. Die Russische Föderation ist ein wichtiger Handelspartner von Baden-Württemberg. Der Antrag will die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionspolitik beleuchten, zugleich aber aufzeigen, dass angesichts der vielfältigen Kontakte zwischen Baden-Württemberg und der Russischen Föderation nicht nur ökonomische Interessen, sondern auch wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen gefährdet sind.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 19. Februar 2016 Nr. 8-4252.3-RUS/972 nimmt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in Abstimmung mit dem Staatsministerium, dem Innenministerium, dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. Wie viele Firmen aus Baden-Württemberg (aufgeschlüsselt nach Branchen) sich nach ihrer Kenntnis gegenwärtig in der Russischen Föderation engagieren und wie viele Arbeitsplätze in Baden-Württemberg vom Export in die Russische Föderation abhängig sind;

Zu 1:

Informationen hierzu liegen aus den amtlichen Wirtschaftsstatistiken des Bundes und des Landes nicht vor.

Der Föderale Steuerdienst Russlands erfasst in seiner Statistik alle Unternehmen mit deutschem Kapital, die in Russland als juristische Personen, Repräsentanzen oder Filialen registriert sind. Im Jahr 2015 waren dies insgesamt 5.583 Unternehmen (2013: 6.167. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern erfolgt nicht. Der Anteil baden-württembergischer Unternehmen, die in Russland registriert sind, wird in Anlehnung an den baden-württembergischen Exportanteil am bundeswei-

ten Export nach Russland näherungsweise auf ca. 780 geschätzt. Die tatsächliche Zahl baden-württembergischer Unternehmen, die sich in Russland direkt oder indirekt engagieren, dürfte über den aktuell vor Ort mit einer juristischen Person registrierten 780 Unternehmen liegen. Viele Unternehmen, die nach Russland exportieren, verfügen dort weder über eine russische juristische Person, noch eine Filiale oder Repräsentanz in Russland. Hinzu kommen zusätzlich all jene Unternehmen, die als Zulieferer für Russland-Exporteure indirekt nach Russland liefern.

Das branchenbezogene Engagement dürfte sich näherungsweise aus der Exportstruktur Baden-Württembergs nach Russland ableiten lassen (siehe Tabelle 1 mit den zehn stärksten Exportbranchen 2015). Dabei prägen vor allem die Maschinen- und die Kfz-Branche mit einem Gesamtanteil von über 50 Prozent die baden-württembergischen Exporte. Nach Angaben des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sind bundesweit im Maschinen- und Anlagenbau ca. 350 Unternehmen (Mitglieder des VDMA) in der Russischen Föderation mit einem Engagement (Vertriebs-, Service- oder Produktionsniederlassung) vertreten. Davon sind ca. ein knappes Drittel, rund 100 Unternehmen, aus Baden-Württemberg. Zahlenmaterial über die vom Export abhängigen Arbeitsplätze liegt dem VDMA nicht vor.

Tabelle 1: Exporte Baden-Württembergs nach Russland im Jahr 2015 nach den wichtigsten Warengruppen

Rang	Warenbezeichnung	Mill. Euro	Anteil in %
1	Maschinen	914	29,4
2	Kraftwagen und Kraftwagenteile	865	27,8
3	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	219	7,1
4	Elektrische Ausrüstungen	211	6,8
5	Chemische Erzeugnisse	185	6,0
6	Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	143	4,6
7	Metallerzeugnisse	120	3,9
8	Sonstige Waren	107	3,5
9	Papier, Pappe und Waren daraus	107	3,4
10	Nahrungs- und Futtermittel	65	2,1

Quelle: Statistisches Landesamtsamt

Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft schätzte im Januar 2015 die Anzahl der Arbeitsplätze in Deutschland, die allein von Exportgeschäften mit russischen Partnern abhängen, auf rund 300.000.

Wenn man die o. g. Zahl auf den 14-prozentigen Anteil baden-württembergischer Exporte an den gesamtdeutschen Exporten umbricht, wären in Baden-Württemberg schätzungsweise etwa 42.000 Arbeitsplätze vom Russlandgeschäft abhängig. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nur um eine pauschale Schätzung handelt.

2. inwiefern ihr bekannt ist, wie viele Arbeitskräfte gegenwärtig in der Russischen Föderation für Unternehmen aus Baden-Württemberg tätig sind;

Zu 2.:

Im Dezember 2012 schätzte die AHK Russland, dass Unternehmen mit deutscher Beteiligung fast 120.000 Arbeitskräfte in Russland beschäftigten. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern liegt nicht vor. Die AHK Russland führt regelmäßig Umfragen unter russischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen durch. In Bezug auf die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen, zuletzt im Januar 2015, gaben 30 Prozent der befragten Unternehmen an, die Anzahl der Beschäftigten in Russland reduzieren zu wollen. 60 Prozent der Unternehmen beabsichtigten ihre Mitarbeiter zu halten. Nur zehn Prozent planten, die Zahl der Mitarbeiter zu erhöhen.

3. in welcher finanziellen Größenordnung aktuell Waren aus Baden-Württemberg in die Russische Föderation exportiert bzw. von dort nach Baden-Württemberg importiert werden und wie sich die bilaterale Bilanz seit der Verhängung der Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union entwickelt hat;

Zu 3.:

In den nachfolgenden Tabellen 2 und 3 ist die Entwicklung des baden-württembergischen Außenhandels mit der Russischen Föderation aufgeführt. Demnach nahmen die Exporte in die Russische Föderation im Jahr 2014 um 765 Millionen Euro oder 15,8 Prozent gegenüber 2013 ab. Im Jahr 2015 fand ein Exportrückgang von 976 Millionen Euro oder 23,9 Prozent gegenüber 2014 statt. Von den deutlichen Rückgängen waren vor allem Investitionsgüter wie Maschinen, Kraftwagen und elektrotechnische Güter betroffen (siehe Tabelle 2). Trotz der starken Exportrückgänge nach Russland hat der weltweite baden-württembergische Export in diesen Jahren aber deutlich zugenommen.

Der Exportrückgang nach Russland ist in erster Linie auf den seit 2013 stattfindenden wirtschaftlichen Abschwung in Russland zurückzuführen, der neben strukturellen Schwächen und zunehmenden Kapitalabflüssen vor allem den niedrigen Ölpreis zur Ursache hat. Bereits in den noch nicht von EU-Wirtschaftssanktionen betroffenen Monaten Januar bis Juli 2014 waren die baden-württembergischen Exporte nach Russland um 15,5 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückgegangen.

Auf der Importseite (Tabelle 3) ist eine von Jahr zu Jahr recht unterschiedliche Entwicklung der Wareneinfuhren aus Russland zu beobachten. So nahmen die Importe von 2013 auf 2014 um 587 Millionen Euro oder 47,9 Prozent zu, während sie im Jahr 2015 um 469 Millionen Euro oder 25,8 Prozent zurückgingen. Dies ist hauptsächlich auf Lieferungen von Erdöl und Erdgas sowie Mineralölerzeugnissen zurückzuführen. Bei diesen Produkten sind starke jährliche Schwankungen üblich.

Tabelle 2: **Ausfuhr Baden-Württembergs nach Warengruppen in die Russische Föderation**

Warenbezeichnung	Insgesamt				Veränderung		
	2012	2013	2014	2015	2013/12	2014/13	2015/14
	Millionen Euro				%		
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	4,3	3,4	1,9	1,3	– 20,9	– 44,1	– 34,2
Nahrungs- und Futtermittel	88,9	100,4	91,7	64,9	+ 12,9	– 8,7	– 29,2
Getränke	1,2	1,0	0,9	1,5	– 16,7	– 10,0	+ 61,4
Textilien	18,6	18,7	18,0	17,4	+ 0,5	– 3,7	– 3,3
Bekleidung	5,6	4,8	4,4	5,9	– 14,3	– 8,3	+ 34,6
Leder und Lederwaren	7,7	6,8	8,2	3,6	– 11,7	+ 20,6	– 56,0
Holz sowie Holz- und Korkwaren (ohne Möbel)	5,9	5,2	4,9	3,3	– 11,9	– 5,8	– 33,4
Papier, Pappe und Waren daraus	137,4	115,8	104,9	106,7	– 15,7	– 9,4	+ 1,8
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	11,8	8,6	8,4	7,7	– 27,1	– 2,3	– 8,4
Chemische Erzeugnisse	294,3	267,3	224,6	185,3	– 9,2	– 16,0	– 17,5
Pharmazeutische u.ä. Erzeugnisse	145,9	232,6	262,0	219,3	+ 59,4	+ 12,6	– 16,3
Gummi- und Kunststoffwaren	101,6	99,6	81,4	58,8	– 2,0	– 18,3	– 27,8
Glas und Glaswaren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	28,1	38,4	31,6	24,7	+ 36,7	– 17,7	– 22,0
Metalle	24,7	20,4	16,1	14,4	– 17,4	– 21,1	– 10,3
Metallerzeugnisse	199,8	205,2	181,6	120,3	+ 2,7	– 11,5	– 33,8
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	495,2	335,4	219,3	143,3	– 32,3	– 34,6	– 34,6
Elektrische Ausrüstungen	350,4	382,6	293,4	210,5	+ 9,2	– 23,3	– 28,3
Maschinen	1.845,4	1.615,7	1.297,0	914,4	– 12,4	– 19,7	– 29,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile	1.286,4	1.140,9	1.027,8	865,0	– 11,3	– 9,9	– 15,8
Sonstige Fahrzeuge	6,0	11,4	7,0	4,9	+ 90,0	– 38,6	– 30,2
Möbel	37,8	32,4	29,3	26,8	– 14,3	– 9,6	– 8,5
Sonstige Waren	206,6	201,6	168,6	107,1	– 2,4	– 16,4	– 36,5
Waren insgesamt	5.304,5	4.848,7	4.083,7	3.107,6	– 8,6	– 15,8	– 23,9

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 3: **Einfuhr Baden-Württembergs nach Warengruppen in die Russische Föderation**

Warenbezeichnung	Insgesamt				Veränderung		
	2012	2013	2014	2015	2013/12	2014/13	2015/14
	Millionen Euro				%		
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	2,4	2,0	1,7	2,1	– 16,7	– 15,0	+ 24,8
Kohle	128,5	131,0	91,2	99,7	+ 1,9	– 30,4	+ 9,3
Erdöl und Erdgas	867,4	480,4	869,4	759,8	– 44,6	+ 81,0	– 12,6
Erze	5,5	5,2	6,1	7,1	– 5,5	+ 17,3	+ 16,7
Nahrungs- und Futtermittel	21,2	18,6	18,4	21,0	– 12,3	– 1,1	+ 13,9
Getränke	3,0	2,6	1,0	0,7	– 13,3	– 61,5	– 27,2
Holz sowie Holz- und Korkwaren (ohne Möbel)	18,1	15,3	17,8	24,7	– 15,5	+ 16,3	+ 38,7
Papier, Pappe und Waren daraus	9,1	8,5	6,1	5,2	– 6,6	– 28,2	– 14,4
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	29,4	300,6	228,0	0,2	+ 922,4	– 24,2	– 99,9
Chemische Erzeugnisse	17,3	21,0	329,7	121,4	+ 21,4	+ 1470,0	– 63,2
Gummi- und Kunststoffwaren	4,6	7,3	5,8	3,9	+ 58,7	– 20,5	– 31,9
Glas und Glaswaren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	0,1	0,3	0,5	0,6	+ 200,0	+ 66,7	+ 15,9
Metalle	161,4	155,7	144,6	211,8	– 3,5	– 7,1	+ 46,5
Metallerzeugnisse	6,1	5,1	6,3	4,5	– 16,4	+ 23,5	– 29,0
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	6,1	7,1	5,8	7,2	+ 16,4	– 18,3	+ 24,0
Elektrische Ausrüstungen	1,9	3,4	2,8	4,1	+ 78,9	– 17,6	+ 47,8
Maschinen	12,6	14,8	18,4	22,8	+ 17,5	+ 24,3	+ 23,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile	16,4	19,1	22,1	21,5	+ 16,5	+ 15,7	– 2,5
Sonstige Fahrzeuge	0,2	0,1	0,1	0,0	– 50,0	–	– 71,6
Sonstige Waren	12,7	25,5	27,3	24,1	+ 100,8	+ 7,1	– 11,9
Waren insgesamt	1.326,0	1.225,5	1.812,4	1.343,9	– 7,6	+ 47,9	– 25,8

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

4. ob und inwieweit sich die Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union innerhalb der Russischen Föderation insbesondere für kleinere und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg negativ ausgewirkt haben bzw. noch auswirken;

Zu 4.:

Das Russlandgeschäft baden-württembergischer Unternehmen, gerade auch von kleineren Unternehmen, ist bereits seit Mitte 2013 rückläufig. Zu den strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft als Ursache kam 2014 die weltweite Rohstoffpreisentwicklung, insbesondere für Öl und Gas, hinzu. Russland erzielt weiterhin einen Großteil seiner Einnahmen über Rohstoffverkäufe. Die Rohstoffpreisentwicklung hat – gekoppelt mit der Entwicklung des Außenwerts des russischen Rubels – zu einer deutlich gesunkenen Kaufkraft russischer Kunden geführt. Die EU-Sanktionen tragen zur Fortsetzung dieses Trends bei, so etwa durch verschlechterte Refinanzierungsmöglichkeiten für russische Banken. Nach Angaben des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) wurden 2014 für 6,48 Mrd. Euro Maschinen und Anlagen aus Deutschland nach Russland geliefert. Das waren 17 % weniger als im Vorjahr. In den Monaten Januar bis September 2015 ist der Maschinenexport von Deutschland nach Russland um weitere 26,7 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eingebrochen. Damit fällt Russland in den Top-50-Exportmärkten des deutschen Maschinenbaus auf den zehnten Platz ab. 2015 schlugen zudem die fehlenden Auftragseingänge aus dem Jahr 2014 zu Buche. Verschärft wird die Situation nach Ansicht des VDMA für deutsche Maschinenbauer derzeit durch die russische „Strategie der Importsubstitution“ als Antwort auf die Wirtschaftssanktionen. Der Anteil der Importe soll damit reduziert werden; seit dem 10. Januar 2016 ist die Beschaffung bestimmter Maschinen im Ausland nur noch mit Zustimmung der „Regierungskommission zur Importsubstitution“ möglich. Eine weitere Folge der Wirtschaftssanktionen ist nach Auffassung des VDMA die verstärkte Hinwendung russischer Kunden zum asiatischen bzw. chinesischen Markt.

In einer Umfrage unter den vor allem mittelständisch geprägten VDMA-Mitgliedsunternehmen in 2015 gaben 94 % der Teilnehmer an, von der Wirtschaftskrise in Russland (Ursachen: die schlechte Konjunktur in der Russischen Föderation, verstärkt durch die Ukrainekrise, die rapide Rubelabwertung, stockende Investitionen, der Verfall des Ölpreises sowie die westlichen Sanktionen) betroffen zu sein. Nur 6 % verspüren keine Auswirkungen auf ihr Russlandgeschäft. Auf-

tragsrückgang (83 %) und fallende Anfragen (70 %) sind mit Abstand die am häufigsten genannten Folgen der Krise. Besonders die Auftragsrückgänge haben im Vergleich zur Umfrage aus dem Vorjahr eklatant zugenommen (+ 22 %). Das wird sich nach Auffassung des VDMA in den kommenden Monaten deutlich auf die Maschinenexporte nach Russland niederschlagen. Die Probleme bei den Finanzierungen sind von 45 % (Umfrage 2014) auf 50 % (Umfrage 2015) gewachsen. Die gestiegenen Risiken auf dem russischen Markt und der volatile Rubel und nicht zuletzt die Sanktionen haben laut VDMA dazu geführt, dass die westlichen Banken bei Russlandgeschäften sehr vorsichtig vorgehen und genau prüfen. Auch die Exportabwicklung hat sich nach den Umfrageergebnissen verschlechtert: So haben sich die Verzögerungen beim Zoll (22 %) und bei der Exportkontrolle (24 %) verdoppelt. Dies wird als Folge der EU-Wirtschaftssanktionen angesehen. Befragt nach dem direkten Bezug und dem tatsächlichen Risiko für Russlandgeschäfte durch die EU-Sanktionen fühlen sich 38 % der Umfrageteilnehmer betroffen. Wesentlich höher werden die indirekten Folgen der EU-Sanktionen bewertet. 79 Prozent der vom VDMA befragten Unternehmen glauben, dass ihr Russlandgeschäft auf die eine oder andere Weise durch die Sanktionen in Mitleidenschaft gezogen wird.

Nach Angaben des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT) wirkt sich die Wirtschaftslage (unter Einschluss der Sanktionen) zunehmend nachteilig auf das baden-württembergische Handwerk aus. Russlanderfahrene Handwerksbetriebe berichten davon, dass lediglich begonnene Aufträge abgewickelt werden können, Neuaufträge aber nahezu nicht mehr möglich sind. Die Unternehmen halten zwar meist an den langjährig aufgebauten Geschäftsbeziehungen zu russischen Kunden fest, allerdings gibt es nur wenige Firmen, die in der gegenwärtigen Situation einen Markteintritt in Russland beginnen.

Während laut BWHT noch vor einigen Jahren eine Vorauskasse von 100 % üblich war, ist der Zugang zu Krediten von russischer Seite durch die Verhängung von Sanktionen gegenüber zahlreichen russischen Banken erschwert, sodass teilweise Geschäftsbeziehungen, die noch vor Beginn der Sanktionen angebahnt wurden, zunächst auf Eis liegen, da die Finanzierung nicht gewährleistet werden kann.

Darüber hinaus habe Russland als Reaktion auf die Sanktionen wirtschaftliche Barrieren errichtet, etwa durch Beschränkungen für westliche Unternehmen bei staatlichen Ausschreibungen oder durch die Pläne zur Importsubstitution. Das von der russischen Regierung erlassene Gesetz zur Importsubstitution habe zur Folge, dass lokal hergestellte Produkte auf dem Markt bevorzugt und innerhalb der kommenden Jahre westliche Lieferanten ersetzt werden sollen – durch lokale Produktionsstätten oder durch Firmen der Länder, die keine Sanktionen gegenüber Russland erlassen haben. Während größere Unternehmen Niederlassungen in Russland unterhalten oder aufbauen und so das Label „lokal produziert“ erhalten können, um die Importsubstitution zu umgehen, haben KMU diese Möglichkeit oftmals nicht.

Handelsunternehmen, die in Russland tätig sind, leiden unter der durch die hohe Inflation und sinkende Reallöhne ausgelösten Konsumschwäche. Die als Reaktion auf die EU-Sanktionen von Russland verhängten Importverbote für Lebensmittel und Agrarprodukte aus der EU führen auf den hiesigen Märkten zu Preisrückgängen, die sich auch im Lebensmitteleinzelhandel und im Großhandel bemerkbar machen.

Im Tourismusbereich war 2015 eine stark negative Entwicklung bei der Beherbergung von Gästen aus Russland zu verzeichnen. Von Januar bis November 2015 sank die Zahl der Ankünfte von russischen Gästen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 26,9 %, während die gesamten Gästeankünfte aus dem Ausland um 4,6 % zulegten. Die Übernachtungen russischer Gäste gingen gar um 29,9 % zurück (Übernachtungen von Auslandsgästen insgesamt: +3,5 %). Damit entfällt auf Russland nach Angaben des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes e. V. Baden-Württemberg (DEHOGA) der mit Abstand höchste Belegungsrückgang aller Herkunftsländer. Des Weiteren wurden laut DEHOGA in einzelnen Fällen Hotelinvestitionen von russischen Investoren zurückgestellt.

5. ob und inwieweit die landwirtschaftlichen Erzeuger in Baden-Württemberg vom russischen Einfuhrverbot für Lebensmittel (wie z. B. Milch, Obst, Gemüse und Fleisch[-waren]) aus der Europäischen Union tangiert sind;

Zu 5.:

Das russische Einfuhrverbot für bestimmte Lebensmittel wie z. B. Milch, Obst, Gemüse und Fleisch hat die baden-württembergischen Erzeuger direkt nur punktuell getroffen, größer waren und sind die indirekten Auswirkungen. Aufgrund der engen Verflechtungen der Märkte und Warenströme im EU-Binnenmarkt hat sich durch den Wegfall des Russlandexports der daraus resultierende Angebots- und Preisdruck in allen Regionen der EU ausgewirkt. Bei Tafeläpfeln wurde im Jahr 2014 durch eine EU-weit überdurchschnittlich große Ernte der Druck auf die Preise zudem noch verschärft.

Nach Auswertungen der EU-Kommission ist im Zeitraum August 2014 bis Juli 2015 der Exportwert der EU-Agrarprodukte nach Russland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von insgesamt 11 Mrd. Euro auf 6,3 Mrd. Euro (43 %) gesunken. Die weggebrochenen Absatzmöglichkeiten nach Russland werden zum Teil mit erhöhtem Absatzvolumen in andere Zielländer ausgeglichen. Allerdings wird durch das russische Einfuhrverbot der Preisdruck auf wichtigen Agrarmärkten wie bei Milchprodukten und Schweinefleisch deutlich verschärft, sodass die landwirtschaftlichen Erzeuger unmittelbar von dem niedrigen Preisniveau betroffen sind.

Auf die Drucksache 15/5745 wird verwiesen.

6. welche Kooperationen (Partnerschaften zwischen Gemeinden, Städten, Gebietskörperschaften, Hochschulen und Universitäten) zwischen Baden-Württemberg und der Russischen Föderation derzeit bestehen und inwieweit sie sich hierbei finanziell engagiert;

Zu 6.:

Derzeit bestehen zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Russischen Föderation drei regionale Partnerschaften. Seit 1988 verbindet Baden-Württemberg eine Partnerschaft mit der Stadt Sankt Petersburg und seit 2007 mit der Stadt Moskau. Seit 1991 besteht eine Partnerschaft mit dem Swerdlowsker Gebiet, in deren Rahmen im Jahr 2014 eine hochrangige politische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung des Swerdlowsker Gebiets, Herrn Alexey Orlov, Baden-Württemberg besuchte. Bereits im Juli 1992 erfolgte auf der Basis der Partnerschaft mit dem Swerdlowsker Gebiet die Gründung eines Mittelstandsförderungszentrums (MFZ) in Jekaterinburg, der Hauptstadt des Swerdlowsker Gebiets.

Gesonderte Zahlen über das finanzielle Engagement der Landesregierung Baden-Württembergs oder der Russischen Föderation mit Hinblick auf diese Partnerschaften liegen nicht vor.

Kommunale Partnerschaften werden von den Kommunen eigenverantwortlich betrieben. Die Landesregierung nimmt hierauf keinen Einfluss. Landesmittel für eine finanzielle Unterstützung kommunaler Partnerschaften stehen nicht zur Verfügung. Auch diesbezügliche Statistiken oder Meldepflichten der Kommunen gibt es nicht. Die Landesregierung verfügt daher über keine eigenen Erkenntnisse bezüglich kommunaler Partnerschaften. Die beim Städtetag und Gemeindetag geführten Listen werden nur in größeren zeitlichen Abständen aktualisiert und geben auch nur die Partnerschaften der jeweiligen Mitglieder wieder.

In einer von der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas geführten Datenbank (*www.rgre.de*/Partnerschaften) werden kommunale Partnerschaften erfasst. Nach einer aktuellen Abfrage dieser Datenbank, die mit den Listen der kommunalen Landesverbände und den Internet-Auftritten der jeweiligen Kommunen abgeglichen und korrigiert wurde, werden gegenwärtig folgende Partnerschaften ausgewiesen:

Baden-Württemberg	**Russische Föderation**
Baden-Baden	Sotschi
Ettlingen	Gatschina
Karlsruhe	Krasnodar
Kornwestheim	Kimry
Neckarbischofsheim	Pereslavl-Salesskij
Pforzheim	Irkutsk
Rems-Murr-Kreis	Rayon und Stadt Dmitrov
Stuttgart	Samara
Tübingen	Petrosawodsk
Villingen-Schwenningen	Tula

Herr Minister Peter Friedrich hat am 28. Juni 2015 an der 13. Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz in Karlsruhe teilgenommen. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenzen finden im Zweijahresrhythmus abwechselnd in Russland und Deutschland statt. Die Konferenz in Karlsruhe wurde vom Deutsch-Russischen Forum, dem Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften (Berlin) und der Internationalen Assoziation „Partnerstädte“ (Moskau) sowie der Stadt Karlsruhe durchgeführt. Ziel ist es, die deutsch-russischen Städtepartnerschaften zu unterstützen und ein Netzwerk aufzubauen. Themenschwerpunkte sind hier Kultur, Politik, Jugendaustausch und Wirtschaft.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Stuttgart und Samara beteiligte sich die Handwerkskammer Region Stuttgart an den Projekten „Die Rolle von staatlichen Institutionen und Unternehmensverbänden bei der Förderung der Interessen von Klein- und Mittleren Unternehmen (KMU) in Russland und Deutschland im rechtlichen und institutionellen Vergleich“ und „Good Governance zur Mittelstandsförderung in der kommunalen Verwaltung“. Als Teil dieser Projekte fanden im Juni und Dezember 2015 Delegationsreisen nach Moskau, Uljanowsk und Samara statt, an denen auch Vertreter der Handwerkskammer Region Stuttgart und von Handwerk International Baden-Württemberg teilnahmen. Zudem wurde im Dezember 2015 eine Studentendelegation der Wirtschaftsuniversität Saratow in der Handwerkskammer Region Stuttgart empfangen (Themen waren u. a die duale Berufsausbildung, Fachkräftesicherung im Handwerk sowie das unterschiedliche Verständnis des Begriffs „Handwerk“ in Deutschland und Russland).

Von bundesweit 929 Kooperationen mit Hochschulen in Russland bestehen 104 Kooperationen zwischen Hochschulen in Baden-Württemberg und Hochschulen in Russland (Quelle: Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz, Stand 5. Februar 2016). Die meisten Partnerschaften baden-württembergischer Hochschulen bestehen mit Hochschulen im Raum Moskau. Daneben gibt es Kooperationen mit Einrichtungen aus St. Petersburg oder anderen Regionen.

Von den zahlreichen Hochschulpartnerschaften des Landes zwischen Hochschulen in Baden-Württemberg und der Russischen Föderation sind beispielhaft folgende zu nennen:

– Universität Freiburg

  Das *Internationale Graduiertenkolleg* 1956 „Kulturtransfer und ‚kulturelle Identität’ – Deutsch Russische Kontakte im europäischen Kontext“ (IGK) bietet auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften bundesweit die erste gemeinsame Doktorandenausbildung zwischen Russland und Deutschland an. Das Kolleg wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Universität Freiburg und der Russischen Staatlichen Humanwissenschaftlichen Universität (RGGU)

Moskau gemeinsam finanziert. Das IGK untersucht die lange Tradition nationaler, bilateraler und internationaler Forschung zu deutsch-russischen Kulturkontakten mit dem Ziel, diese in ein neues Konzept der Kulturtransferforschung zu überführen.

Des Weiteren bietet die Universität Freiburg in Kooperation mit der RGGU den zweijährigen *Doppel-Masterstudiengang* „Literaturwissenschaft international: Deutsch-russische Transfers“ an. Absolvent/-innen des Studiengangs haben die Möglichkeit, im Rahmen der vom DAAD finanzierten Vladimir-Admoni-Doktorandenschule am Institut für Russisch-Deutsche Literatur- und Kulturbeziehungen eine weiterführende wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.

– Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Im Zuge der Neuausrichtung der deutsch-russischen Aktivitäten des KIT auf den ingenieurwissenschaftlichen Bereich wurde im Zeitraum von 2008 bis 2013 aus Mitteln der Zukunftsoffensive IV „Innovation und Exzellenz“ das Projekt „Gemeinsame Forschung und Doktorandenausbildung im naturwissenschaftlich-ingenieurtechnischen Bereich – Beherrschung komplexer Systeme“ zwischen dem KIT und der Lomonossov Staatsuniversität Moskau gefördert.

– Universität Konstanz

Der interdisziplinäre Masterstudiengang „Osteuropa: Geschichte – Medien“ an der Universität Konstanz richtet sich an Absolvent/-innen geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlicher Bachelor-Studiengänge. Der Studiengang gliedert sich in zwei Fachrichtungen – Osteuropäische Geschichte und Slawische Medien- und Kulturwissenschaften. Im Rahmen der internationalen Vernetzung des Studiengangs haben Studierende die Möglichkeit, nicht nur ein Auslandssemester an einer der osteuropäischen Partneruniversitäten zu absolvieren, sondern auch einen Doppelabschluss der Universität Konstanz und der Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU) in Moskau zu erlangen.

– Universität Ulm

Die Universität Ulm und die Lomonossov Universität Moskau kooperieren bereits seit 1990. Anlässlich des Deutsch-Russischen Jahres in 2011/2012 wurde aus dieser Kooperation heraus das „Institute for Advanced Energy Related Nanomaterials“ gegründet. Dieses Institut ist wiederum aus dem vorherigen „Institute of Polymer Science“ sowie weiteren deutsch-russischen Projekten hervorgegangen. Im Fokus des Instituts stehen folgende Themen: Nanomaterialien für Energieanwendungen, also Brennstoffzellen, Solarzellen oder etwa Lithium-Ionen-Batterien, in Theorie, Experiment und Computersimulation.

In 2012 wurde Prof. Dr. Khokhlov als Leiter des Instituts, auf Vorschlag von Herrn Ministerpräsident Kretschmann, von Herrn Bundespräsident Gauck mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Die Verleihung erfolgte durch den Ulmer Universitätspräsidenten Herrn Professor Ebeling. Neben dem russischen Generalkonsul Ruslan Karsanov nahm der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner an der Zeremonie teil. Herr Gönner nutzte die Gelegenheit, um Khokhlov mit der Einstein-Medaille der Stadt auszuzeichnen.

– Hochschule Furtwangen

Die Hochschule Furtwangen unterhält eine langjährige Kooperation mit der Tula State University. Um diese Zusammenarbeit im Bereich Forschung zu stärken, wurde das internationale Forschungsprojekt „MIKRO-ECM“ durchgeführt. Im Rahmen des zweijährigen Projekts (2012 bis 2014) befassten sich Wissenschaftler/-innen aus Deutschland, der Schweiz und Russland mit der Entwicklung und Erforschung von innovativen Werkzeug-Elektroden für die Mikrostrukturierung. Das Projekt war Teil des ERA-Net-Programms der EU und hatte das Ziel, Forschungskooperationen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und Russland zu fördern.

Des Weiteren arbeitet die Hochschule mit der Ulyanovsk State University zusammen.

– Hochschule Reutlingen

Im Rahmen des Masterstudiengangs Maschinenbau an der Hochschule Reutlingen haben Studierende die Möglichkeit, einen Teil ihres Studiums an ausländischen Partnerhochschulen – wie der Staatlichen Polytechnischen Universität St. Petersburg – zu verbringen und dadurch einen zusätzlichen internationalen Abschluss zu erlangen.

Die Finanzierung von Kooperationen zwischen Baden-Württemberg und der Russischen Föderation erfolgt verschieden. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg stellt seit 2012 den Hochschulen Baden-Württembergs sog. pauschale Internationalisierungsmittel zur Verfügung, die für Maßnahmen der internationalen wissenschaftlichen Kooperation, für die internationale Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern und für Maßnahmen des internationalen Hochschulmarketings verwendet werden können. Die Vergabe erfolgt auf Grundlage eines Verteilungsschlüssels, der u. a. auf den Studierendenzahlen oder der Zahl der Bildungsausländer/-innen basiert. Die Verwendung der Mittel erfolgt je nach Schwerpunktsetzung der Hochschulen.

7. welche Austausch- und Bildungsprogramme existieren, die darauf abzielen, (Schul-)Partnerschaften zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Baden-Württemberg bzw. in der Russischen Föderation aufzubauen und zu vertiefen;

Zu 7.:

Im Hochschul- und Bildungsbereich unterstützt die Baden-Württemberg Stiftung im Rahmen des Baden-Württemberg-STIPENDIUMs den internationalen Austausch von Studierenden und jungen Berufstätigen. Darüber hinaus bietet u. a. der Deutsche Akademische Austauschdienst verschiedene Stipendien- und Förderprogramme an, die die Zusammenarbeit und Partnerschaftsprojekte deutscher und/oder russischer Hochschulen fördern.

Im Bereich der deutsch-russischen Jugend- und Schülerbegegnungen wird mit der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH zusammengearbeitet. Da weder Schüler- noch Jugendaustausche in Baden-Württemberg meldepflichtig sind, liegen lediglich Daten zu aus Landesmitteln geförderten Schüleraustauschen vor. Aus Landesmitteln gefördert wurden im Jahr 2015 fünf Jugend/Fachkräftebegegnungen von der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH und im Jahr 2014 36 Schülergruppenaustausche mit der Russischen Föderation.

Im Jahr 2015 fand im Internationalen Forum Burg Liebenzell die Veranstaltung „Maultaschen und Piroggen“ statt, die Impulse für bestehende Austausche und Kontakte mit neuen Partnerinnen und Partnern aus den Ländern Polen, Tschechien und Russland ermöglicht.

Schulpartnerschaften sind ein bedeutsames Profilmerkmal vieler Schulen in Baden-Württemberg. Sie bieten eine Vielzahl von Möglichkeiten für ein globales, interkulturelles und zukunftsfähiges Lernen.

Aus einer im März 2013 durchgeführten freiwilligen Webabfrage des Kultusministeriums geht hervor, dass 15 Schulen in Baden-Württemberg eine Schulpartnerschaft mit einer russischen Schule unterhalten. Bei diesen Schulpartnerschaften handelt es sich um regelmäßige Schüleraustausche; zwei Gymnasien führen einen regelmäßigen Lehreraustausch mit einer russischen Schule durch.

Das Kultusministerium plant, im Frühjahr 2016 eine erneute Webabfrage durchzuführen.

Öffentliche berufliche Schulen des Landes Baden-Württemberg erhalten für den Aufbau und die Pflege von Schulpartnerschaften mit beruflichen Schulen im Ausland im Rahmen der überregionalen und internationalen Kulturpflege einen Zuschuss zu den tatsächlichen Kosten. Die Höhe dieses Zuschusses ist abhängig von der Anzahl der Anträge, die beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport eingereicht werden. Seit Beginn dieser Legislaturperiode wurden mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ zusätzliche Förder-

möglichkeiten für den transnationalen Schüleraustausch und die Zusammenarbeit beruflicher Schulen im Rahmen internationaler Projektpartnerschaften geschaffen. In beiden Fällen handelt es sich jedoch nicht um länderspezifische Programme. Es gibt kein Sonderprogramm des Kultusministeriums für Kooperationsmaßnahmen mit der Russischen Föderation im Bereich der beruflichen Bildung.

Die für den 27. und 28. April 2015 geplante Deutsch-Russische Fachtagung „Bildungssysteme im Wandel“ des Kultusministeriums in Kooperation mit dem russischen Bildungsministerium, innerhalb des deutsch-russischen Kreuzjahres der Sprache und Literatur 2014/2015, konnte nicht realisiert werden.

Die Eberhard-Schöck-Stiftung mit Sitz in Pforzheim finanziert und organisiert Austauschprogramme für Berufsschüler in Handwerksberufen. Aktuell findet 2016 ein Austausch für Berufsschüler im Malerberuf in Lahr und in Jekaterinburg (Gegenbesuch) statt. Projektpartner für den Schüleraustausch sind die Badische Malerfachschule in Lahr und das Uraler College für Technologie und Unternehmertum in Jekaterinburg. Zwischen unserer Stiftung und russischen Einrichtungen bestehen aktuell Kooperationsprogramme mit Bildungsministerien auf der Oblast-Ebene. Die Programme dienen der Modernisierung der handwerklichen Berufsausbildung. Kooperationen bestehen mit dem Ministerium für Allgemein- und Berufsausbildung des Swerdlowsker Gebietes (seit 1998). Aktuell unterstützt die Stiftung die Einrichtung eines Zentrums für die berufliche Qualifikation von Fachkräften für Kleinunternehmen am Uraler College für Technologie und Unternehmertum in Jekaterinburg (Kooperationsvereinbarung vom 9. Dezember 2015).

Weiter besteht aktuell eine Kooperation mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Region Krasnodar in einem Projekt zur Modernisierung der handwerklichen Berufsausbildung für Fliesenleger am Humanitär-Technologischen College in Krasnodar (Kooperationsvereinbarung vom 26. Mai 2015). Das Projekt wird unterstützt von der Stadt Karlsruhe (Städtepartnerschaft mit Krasnodar), der Deutsch-Russischen Freundesgesellschaft Karlsruhe und der Heinrich-Hübsch-Schule Karlsruhe.

Ein weiteres Austauschprogramm für Berufsschüler im Tischlerberuf wird 2016 in Karlsruhe und Krasnodar (Gegenbesuch) stattfinden. Projektpartner sind die Heinrich-Hübsch-Schule in Karlsruhe und das Humanitär-technologische College in Krasnodar.

Ein drittes Austauschprogramm ist für 2016 für Berufsschüler im Zimmererberuf in Pforzheim und Irkutsk (Gegenbesuch) geplant. Projektpartner sind die Alfons-Kern-Schule in Pforzheim und die Berufsschule Nr. 17 in Irkutsk.

Direkte Auswirkungen der Sanktionen auf die o. g. Kooperationen konnte die Stiftung nicht feststellen. Allerdings beobachtete sie bei den russischen Projektpartnern zunehmende Schwierigkeiten, die vereinbarten Finanzierungsanteile in die Projekte einzubringen.

8. welche Aus- und Fortbildungskooperationen zwischen baden-württembergischen und russischen Unternehmen derzeit bestehen und inwieweit die Wirtschaftssanktionen die Nachfrage nach entsprechenden Fortbildungsprogrammen (z. B. für russische Staatsangehörige in baden-württembergischen Betrieben) beeinflussen;

Zu 8.:

Im Bereich Aus- und Fortbildungskooperation fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) das Managerfortbildungsprogramm für ausländische Führungskräfte mit dem Ziel der Förderung von Geschäftsanbahnungen und Wirtschaftskooperationen. Russland ist neben weiteren Ländern Partnerland in diesem Programm.

Zielgruppe des Programms sind Manager aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Außenwirtschaftspotential, die Kontakte nach Deutschland knüpfen wollen.

Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH – (bw-i) hat in den vergangenen Jahren neben weiteren zahlreichen internationalen Teilnehmern auch russische

Manager aus diesem Programm in Baden-Württemberg weitergebildet und betreut. Die Nachfrage aus Russland nach einer Teilnahme an dem Programm ist im vergangenen Jahr weitgehend konstant geblieben.

Nach Abschluss der Fortbildung 2015 wurden allerdings weniger direkte Geschäftsabschlüsse mit baden-württembergischen Unternehmen als in den Vorjahren verzeichnet; Ursache könnten insbesondere auch die Wechselkursschwankungen gewesen sein.

Für Beschäftigte in Baden-Württemberg erfolgt die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen unabhängig von ihrer Nationalitätszugehörigkeit. Insofern ist nicht davon auszugehen, dass Wirtschaftssanktionen einen Einfluss auf die Nachfrage nach staatlichen Förderprogrammen in der Fortbildung haben.

9. wie sie nach Inkrafttreten der Wirtschaftssanktionen gegen Russland reagiert hat und welche Anstrengungen aus ihrer Sicht notwendig sind, um eine europäische Friedensordnung unter Einbeziehung der Russischen Föderation zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Zu 9.:

Der Außenministerrat der EU hat am 21. Dezember 2015 die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um ein halbes Jahr bis zum 31. Juli 2016 verlängert. Die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland sind an die Umsetzung des Minsker Prozesses gebunden. Die Bundesregierung setzt sich aktiv und nachdrücklich für den Erfolg der Minsker Vereinbarungen ein. Dazu gibt es intensive Kontakte und Gespräche. Die Landesregierung unterstützt diese Bemühungen nach Kräften.

Baden-Württemberg und die Russische Föderation verbinden langjährige partnerschaftliche Beziehungen. Neben den engen Wirtschaftsbeziehungen gibt es weit zurückreichende kulturelle und zivilgesellschaftliche Beziehungen, die die Menschen miteinander verbinden. Diese Kontakte und dieser Dialog sind wichtig und tragen nach Auffassung der Landesregierung auch zu einer europäischen Friedensordnung unter Einbeziehung der russischen Föderation bei.

So besuchte etwa der russische Minister für wirtschaftliche Entwicklung Alexei Ulyukaev Baden-Württemberg im November 2014 und traf dabei unter anderem auch den Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid und stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Im November 2015 besuchte eine hochrangige Unternehmerdelegation aus Baden-Württemberg unter Leitung von Herrn Honorarkonsul Prof. Dr. Klaus Mangold Moskau und hatte Gelegenheit mit Herrn Minister Ulyukaev zu sprechen.

Auch der zivilgesellschaftliche Austausch hat eine bedeutsame Rolle im Dialog mit Russland, wie er etwa in der 13. Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz zum Ausdruck kommt, die im Juni 2015 in Karlsruhe unter Teilnahme von Europaminister Peter Friedrich stattfand (siehe Antwort zu 6.).

Unter Leitung von Herrn Minister Dr. Schmid fand am 27. März 2015 ein hochrangig besetztes Informationsgespräch Russland u. a. mit dem Russlandkoordinator des Auswärtigen Amtes, Herrn Dr. h. c. Gernot Erler MdB, mit weiteren Vertretern des Bundes sowie mit Spitzenvertretern baden-württembergischer Unternehmen statt. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft steht darüber hinaus in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu außenwirtschaftlich relevanten Themenfeldern, so auch zu den Sanktionen der EU gegenüber Russland, und setzt sich für eine schnelle Bearbeitung von Exportanträgen baden-württembergischer Unternehmen ein. Die Kontakte auf Arbeitsebene zu russischen Gesprächspartnern werden seither konsequent aufrechterhalten.

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftssanktionen ist es besonders wichtig, baden-württembergische Unternehmen umfassend über die Entwicklung in Russland zu informieren und sie themenspezifisch zu beraten. Hierzu haben sich die regelmäßig stattfindenden Wirtschaftstage der Industrie- und Wirtschaftskammern und der Handwerkskammern bewährt. Im Rahmen des Außenwirtschaftsforums „Global Connect“ im Oktober 2016 organisiert die IHK Region Stuttgart ein Wirtschaftsforum Russland zu der aktuellen Wirtschaftssituation in Russland. Dabei

wird sie von der Deutschen Botschaft in Moskau und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer mit Sitz in Moskau unterstützt.

Weiterhin ist das German Centre der LBBW im Bezirk Nagatino der Hauptstadt Moskau eine bewährte und verlässliche Anlaufstelle für deutsche und baden-württembergische Unternehmen in Russland und stärkt die Präsenz Baden-Württembergs vor Ort. Seit Ende des letzten Jahres ist das German Centre durch den Bau einer Metrostation direkt mit dem Zentrum Moskaus verbunden.

Dr. Schmid

Minister für Finanzen und Wirtschaft